



In gute Verfassung bringen

Am 28. September geht es um die Zukunft unserer Region. Zur Abstimmung steht nicht ein neuer Kanton. Auch noch nicht eine neue Verfassung. Zu entscheiden ist vielmehr, ob eine neue Verfassung ausgearbeitet werden soll. Eine Verfassung, die zwei Kantone zu einem macht. Grund genug, sich aus Anlass der Fusionsinitiative Gedanken zu machen über Erfahrungen mit dem Prozess der Erarbeitung einer Verfassung und mit den Chancen, die damit verbunden sind.

Unsere Region ist wirtschaftlich vergleichsweise gut aufgestellt. Sie muss aber auch in Zukunft in einem weltweiten Wettbewerb bestehen können. Damit dies möglich ist, braucht es eine Bündelung der Kräfte und die Konzentration auf die Stärken. Die Stärken liegen nicht zuletzt darin, dass wir in einem dynamischen Wirtschaftsraum leben, in welchem innovative Forschung und Entwicklung eng gepaart sind mit hoher Produktivität, attraktiven Rahmenbedingungen und einem hochwertigen Angebot an Kultur und Erholungsmöglichkeiten. Was hingegen die Bündelung der Kräfte betrifft, ist unsere Region keineswegs in guter Verfassung: Die politische Zersplitterung der Region behindert eine effiziente Planung und den nachhaltigen Ausbau von Infrastrukturen und sie steht einer besseren Nutzung unserer Potentiale und Ressourcen im Wege. Ganz zu schweigen vom fehlenden Gewicht in Bern. Es wird Zeit, dass wir unsere Region auch politisch in gute Verfassung bringen.

Wer auf verschiedenste Verfassungsrevisionen in Kantonen und die Erarbeitung der neuen Bundesverfassung von 1999 zurückblickt, kann konstatieren, dass sich in all den damit verbundenen Verfassungsprozessen Neuerungen und Innovationen haben durchsetzen können, die ohne eine grundsätzliche Neubetrachtung nicht möglich gewesen wären. So konnten in der 2005 angenommenen Verfassung von Basel-Stadt etwa der Anspruch auf ein Tagesbetreuungsangebot verankert, eine Verfassungsgerichtsbarkeit geschaffen, die Gemeindeautonomie gestärkt und die Quartierbevölkerung in die Meinungsbildung einbezogen werden. Sogar die weitgehend auf Systematisierung, sprachliche Bereinigung und Eliminierung von teilweise längst überholten Bestimmungen ausgerichtete Totalrevision der Bundesverfassung 1999 brachte Neuerungen wie etwa die Kulturförde-

rungskompetenz des Bundes und ein Diskriminierungsverbot.

Auch die Totalrevision der Verfassung im Kanton Baselland in den 1980er-Jahren war geprägt von einer neuen Dynamik. Der heutige Landrat Marc Joset erinnert sich, wie er sich, als junger Linker in den Verfassungsrat gewählt, inmitten lebhafter Auseinandersetzungen be-

... eine Dynamik, dass man Sachen realisieren konnte, die sonst nicht möglich gewesen wären.

fand. Man habe sich intensiv mit den Grundlagen und Grundfragen beschäftigt: «Es war eine Aufbruchsstimmung im Verfassungsrat zu spüren. Es gab eine Dynamik, dass man nun Sachen realisieren könne, die im Politalltag sonst so schnell nicht realisierbar gewesen wären.» Um solche umstrittenen Fragen wie die Aufteilung der Bezirke, die Schaffung eines Ombudsmanns oder die Einführung einer Amtszeitbeschränkung für Landräte im Voraus zu klären, wurde das Instrument der Grundsatzabstimmung geschaffen. Das habe verhindert, dass eine Kumulation von vorher umstrittenen Punkten später zu einem Kippen der ganzen Verfassung führen konnte. Ein solches Instrument sollte nach Joset auch bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung für einen Kanton Basel zur Anwendung kommen können.

Am 28. September haben wir es in der Hand, unserer Region einen Innovationsschub zu geben und dem Stillstand entgegenzuwirken. Jetzt geht es nicht mehr darum, kleinlich daran herumzumäkeln, wie der Verfassungsrat nun zusammengesetzt sein wird. Wer deswegen die Chancen einer Kantonsfusion in den Wind schlägt, verfehlt die Prioritäten. Es geht darum, einen Verfassungsrat zu schaffen und ihn an die Arbeit zu schicken.

Die Gemeinden stärken. ein Basel

ein Basel

Kantonsfusion prüfen: ein Basel **Ja**

Ohne Land findet nichts Stadt. ein Basel

Mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung. ein Basel

Bürokratie halbieren ein Basel

ein Basel

Ruedi Brassel
ist Landrat und Sekretär
der SP Baselland



Der Wahlkampf läuft

Die Delegiertenversammlung vom 28. August wird entscheiden: Wer soll von der SP Baselland für den Regierungsrat aufgestellt werden? Die Geschäftsleitung hat bereits an der Geschäftsdelegiertenversammlung im April ein paar Eckpunkte vorgestellt. Den Delegierten wird vorgeschlagen, mit zwei Kandidaturen anzutreten. Wenn möglich, sollen beide Geschlechter vertreten sein.

In der Zwischenzeit haben sich die Kandidatinnen und Kandidaten geoutet. Bis zum Anmeldeschluss sind bei der Geschäftsleitung drei Nominierungen eingegangen. Die Sektion Liestal und die SP Frauen Baselland schlagen die Liestaler Stadträtin und Vizepräsidentin der SP Baselland, *Regula Nebiker*, zur Wahl vor. Die Sektion Therwil hat den anderen Vizepräsidenten SP Baselland, den Landrat *Christoph Hänggi*, aufgestellt. Und von der Sektion Münchenstein und dem Gewerkschaftsbund Baselland kommt der Vorschlag, Alt-Landrat *Daniel Münger* zu nominieren. Die Delegierten haben nun am 28. August die Aufgabe, aus diesem illustren Trio ein überzeugendes und schlagkräftiges Duo zu machen.

Die Nomination für die Landratslisten erfolgt dann an unserer Wahldelegiertenversammlung vom 8. November in Münchenstein. An diesem Tag finden vorgängig, ab 9.30 Uhr, auch ein Workshop-Programm und das Fotoshooting für alle Landratskandidieren-



Wer kommt in den Landratssaal und auf die Regierungsbank?

den statt. Das genauere Programm wird noch bekannt gegeben. Alle Kandidierenden sollen sich das Datum aber jetzt schon reservieren.

Wahlziele

Die SP Baselland hat sich zum Ziel gesetzt, im Landrat wieder zur stärksten Fraktion zu werden. Dazu müssen mindestens ein bis zwei Sitze gewonnen werden. Am ehesten möglich erscheint das in den Wahlkreisen Binningen, Oberwil oder Reinach/Aesch. Bei den Regierungswahlen soll nicht nur unser nicht mehr

antretender Regierungsrat Urs Wüthrich ersetzt, sondern auch ein zweites Regierungsmandat angestrebt werden. Dazu brauchen wir die Unterstützung aller Sektionen und Mitglieder.

Ruedi Brassel
ist Landrat und Sekretär
der SP Baselland



AGENDA SP BASELLAND

Donnerstag, 28. August 2014, 19.30 Uhr,
Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain,
Sissach

**Delegiertenversammlung SP BL, u. a.
Nomination der Regierungsratskandidierenden**

Dienstag, 2. September 2014, 20 Uhr,
Ort wird noch bekannt gegeben

**Podiumsdiskussion zur Fusionsprüfung,
organisiert von der Sektion Aesch
-Pfeffingen**

Mittwoch, 10. September 2014, 19.30 Uhr,
Ort wird noch bekannt gegeben

Sektionskonferenz



WAHLKAMPFSEKRETARIAT MIT SILAS GYSIN

Das Wahlkampf-Team der SP Baselland hat im August eine wichtige Verstärkung erhalten: Mit von der Partie als Wahlkampfsekretär ist bis Ende Februar auch Silas Gysin. Er stammt aus Ormalingen, wo er auch heute wohnt, ist 34-jährig und macht zurzeit an der Uni Luzern den Master in Weltgesellschaft und Weltpolitik. Wir freuen uns darauf, dass er diesen breiten Horizont in den Wahlkampf im Kanton Baselland einbringt und als wichtige Ansprechperson für die Sektionen und die Kandidierenden für den Landrat und den Regierungsrat wirken wird.



Vischer & Vettiger

Ja zum Wohnen am Rhein – endlich nicht nur für Reiche!

Im September stimmen wir über zwei neue «Stadtrandbebauungen» ab. Aber der Begriff «Stadtrand» täuscht. Er spiegelt die Grenzen unseres Kantons. Aus der Perspektive der Agglomeration befindet sich die Überbauung Ost (beim Rankhof) mitten in bereits dicht bebautem Gebiet. Das Gelände, von Familiengärten belegt, ist alles andere als ein zusammenhängender, offener Landschaftsraum. Das Rheinufer bleibt geschützt. Für die Familiengärten wurden neue Lösungen gefunden. Ein vermeintliches «Naturparadies» geht nicht verloren. Das Wohngebiet Giornicostrasse («Stadtrandentwicklung Süd») lässt den in Richtung Dreispitz verlaufenden Geländerücken frei von Bebauung.

Ich finde, besonders die Wohnhochhäuser am Rhein sind eine Chance. Nahe am Rhein ist eine hohe Wohnqualität möglich mit einer tollen Aussicht auch Richtung Grenzach/Buchswald, inklusive Versorgung mit erneuerbaren Energien, dank Wärmegewinnung aus Rheinwasser.

Wohnhochhäuser bringen Verdichtung. Der ökologische Fussabdruck wird minimiert im Vergleich zu den vielen Altbauten im Kanton, die sich bei genauem Hinsehen oft als eigentliche Energieschleudern entpuppen.

Die Wohnbauten sollen in einem neuen Stadtpark liegen. Die kurze Distanz zur Innenstadt ermöglicht eine Verkehrsanbindung mittels Velo oder öffentlichen Verkehrs. Dank der Vergabe von Baurechten an Wohngenos-

schaften können viele Wohnungen der Bodenspekulation entzogen werden, was langfristig zu gemässigten Mieten führt, die auch für Menschen mit bescheidenem Einkommen erschwinglich sind.

Die neuen Wohnungen am Stadtrand werden dank den heute geltenden Baunormen im Vergleich zu herkömmlichen, unsanierten Altbauten nur einen Bruchteil an Energie verbrauchen. Oberirdische Parkplätze sind keine vorgesehen. In den neuen Wohnbauten kann man perfekt ohne Auto leben, und die Mehrheit tut es auch. Wir brauchen neue Wohnungen, denn es entstehen ja auch neue Arbeitsplätze in Basel. Wo sollen diese Menschen sonst wohnen? In Baselland? Im Aargau? Oder doch lieber im Stadtkanton? Gute Städte ermöglichen hochwertiges Wohnen. Sie bestehen eben nicht nur aus einer Ansammlung von Büros, Fabriken oder Shoppingzonen.

Wenn wir in Basel Grünflächen erhalten und aufwerten, was eines der unbestrittenen Elemente des neuen Zonenplans ist, dann muss neuer Wohnraum vermehrt in die Vertikale gebaut werden. Als Quartieranwohner freue ich mich auf die neuen Wolkenkratzer.



Rudolf Rechsteiner

Grossrat und ehemaliger Nationalrat SP Basel-Stadt, wohnt und arbeitet im Kleinbasel

WEISCH NO?

2015 hat die SP Basel-Stadt 125-jähriges Jubiläum. Für unsere Jubiläumsschrift, die im Herbst 2015 erscheinen wird, sammeln wir Begriffe, Themen, Ideen, Episoden sowie Namen von möglichen Autorinnen und Autoren. Aber auch Fotos, die mit der SP Basel-Stadt und ihrer Geschichte in Zusammenhang stehen.

Findest du in deinem Fotoalbum oder Heimarchiv Erinnerungen, die deines Erachtens für die Geschichte der SP Basel-Stadt wichtig sind? Dann melde dich! Oder schreibe uns, zu welchen historischen SP-Themen/-Begriffen du etwas lesen möchtest.

Unsere Ideensammlung läuft bis zum 15. September 2014. Wir freuen uns auf deine Anregungen.

Das Projektteam: Tim Cuénod, Yolanda Cadalbert, Lukas Hartmann, Isabel Koellreuter, Michaela Seggiani

Redaktionsadresse: Yolanda Cadalbert, Riehenstr. 27, 4058 Basel, cady@balcab.ch, Tel. 079 505 43 86

AGENDA SP BASEL-STADT

Donnerstag, 28. August, 20 Uhr

Delegiertenversammlung

Achtung anderer Ort! Das Neue Rialto, Birsigstrasse 45, Saal 1

Montag, 15. September, 20 Uhr

Partei Vorstand

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus

Dienstag, 30. September

Delegiertenversammlung

Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

PAROLEN SP BASEL-STADT

vom 28. September 2014

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»: **JA**

Volksinitiative «Schluss mit MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»: **NEIN**

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

Grossratsbeschluss zur Stadtrandentwicklung Ost: **JA**

Grossratsbeschluss zur Stadtrandentwicklung Süd: **JA**

Gegenvorschlag zur Fusionsinitiative: **JA**

Zielführender Gegenvorschlag zur Integrationsinitiative

Im September berät der Grosse Rat den Gegenvorschlag zur SVP-Initiative «Für eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten». Wer, wenn nicht wir, will die Integration der MigrantInnen verbessern und fördern? Der SVP geht es aber offenbar um eine Verschärfung. Sie will mit allen MigrantInnen eine Integrationsvereinbarung abschliessen. Das zeigt einmal mehr die Haltung der SVP: MigrantInnen müssen zur Integration gezwungen werden. Sie verkennt dabei, dass sich die überwiegende Mehrheit der MigrantInnen aus Eigeninteresse um eine gute Integration bemüht.

Zwar sieht die SVP eine Kaskade an Ausnahmen vor. So für gutgebildete, deutschsprachige Berufstätige, die wirtschaftlich leistungsfähig sind, für befristete

Forschungs- und Erwerbstätigkeit sowie für Studien- und Lehraufenthalte. Ausserdem können weder mit EU/EFTA-BürgerInnen Integrationsvereinbarungen abgeschlossen werden, noch können Drittstaatsangehörige, die mit Schweizer Staatsangehörigen verheiratet sind, Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene aufgrund der Nichteinhaltung einer Integrationsvereinbarung ausgewiesen werden. Fraglich ist, ob die Initiative auf eine sinnvolle Zielgruppe ausgerichtet ist.

Deswegen unterstützen wir den Gegenvorschlag, der sich an einer Willkommenskultur orientiert und auf das Konzept der Inte-

grationsförderung auf vorwiegend freiwilliger Basis setzt. In Zukunft soll mit allen Neuzuziehenden bei der Anmeldung ein persönliches Begrüssungsgespräch geführt werden, um die MigrantInnen

Wir unterstützen den Gegenvorschlag, der sich an einer Willkommenskultur orientiert.

von Beginn auf die breiten Integrationsangebote in Basel hinweisen. Dazu zählt auch das von der JSSK eingebrachte Angebot für einen kostenfreien Sprachkurs während des ersten Jahres in Basel. Im Einzelfall wird ein Integrationsgespräch geführt, welches vor der ersten Verlängerung der

Aufenthaltsbewilligung erfolgt. Dabei wird auf mögliche Integrationsdefizite eingegangen und die erforderliche Beratung geboten. Bei Bedarf kann eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen werden und nur in den wenigen Fällen mit wesentlichen Integrationsdefiziten muss eine solche abgeschlossen werden.



Danielle Kaufmann
Grossrätin SP Basel-Stadt

Das nächste Jahr im Landrat

Auch im letzten Amtsjahr dieser Legislatur wird sich die Politik viel mit sich selber beschäftigen. Die Honoraraffäre wird nochmals aktuell, wenn die Abklärungen durch den Sonderstaatsanwalt fertiggestellt sind. Und auch das Landratspräsidium wird zu reden geben. Denn die neue Landratspräsidentin Daniela Gaugler ist schlecht gestartet: Mehrere Gerichtsverhandlungen werden sie im kommenden Jahr beschäftigen und werfen ein schlechtes Licht auf sie, ihr Amt und die Politik im Allgemeinen. Die Querelen um das Bed&Breakfast und die Betreibungen innerhalb ihrer Familie zeigen, dass die Qualitäten der Landratspräsidentin nicht bei der Konsensfindung und dem Kompromiss liegen. Merkmale, die für das Amt der «höchsten Ba-

selbieterin» sehr wünschenswert wären.

Es gibt aber auch viele wichtige Entscheide, die im kommenden Jahr gefällt werden können. Zur Debatte steht der Kredit für die Planung des Generationenprojekts Herzstück. Mit dieser Durch-

Auch im nächsten Jahr wird sich die Politik viel mit sich selber beschäftigen.

messerlinie rückt die Region zusammen: Deutschland, Frankreich und die Schweiz werden umsteigefrei verbunden und die langen Wartezeiten im Bahnhof SBB und im Badischen Bahnhof fürs Wenden entfallen. Die SP-Fraktion unterstützt das Projekt weiterhin sehr und hat sich dafür starkgemacht, dass der Kredit für

das Vorprojekt den Parlamenten endlich vorgelegt wird.

Wir werden voraussichtlich auch über die Vorlage ELBA (Entwicklungskonzept Leimental Basel Allschwil) entscheiden. Die Regierung hat ihre altbekannte Position eingenommen, möglichst viel Geld in den Strassenbau zu investieren. Das erreicht sie am einfachsten mit Umfahrungsstrassen und Tunnels. Die SP setzt sich für einen Umbau ein, der mit adäquaten Massnahmen an den neuralgischen Stellen Verbesserungen erreicht, aber nicht mehrere Milliarden bindet, die andernorts fehlen.

Die Corporate Governance bei den Spitälern muss seit der Auslagerung sehr genau beobachtet werden. Die Verbesserungen bei der Besetzung des Verwaltungsrats beim Kantonsspital müssen auch bei der Psychiatrie Baselland erreicht werden.

Weiterhin keine Überraschungen erwarten wir von der Wirtschaftsoffensive. Viele farbige Folien mit Unausgegorenem und wenig Neuem haben wir bisher zu sehen bekommen. Der erhoffte Ruck, der durchs Baselbiet hätte gehen sollen, ist ausgeblieben. Es ist absehbar, dass die Regierung mit ihrem Ziel, die Steuereinnahmen durch juristische Personen bis 2018 um 50 % zu erhöhen, kläglich scheitern wird.

Kathrin Schweizer
Fraktionspräsidentin
SP Baselland

